

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR

**04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
und Staatsanwaltschaften**
E i n n a h m e n**Verwaltungseinnahmen**

Siehe Haushaltsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben und den Ausgaben für Investitionen.

111 01	051	Gebühren und tarifliche Entgelte.	867 900 000	800 280 000	+67 620 000	783 773
111 20	051	Einnahmen aus Prozesskostenhilfe.	8 300 000	10 800 000	-2 500 000	8 275
111 30	051	Rückflüsse aus Verfahrenskostenstundung (in Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren).	800 000	—	+800 000	765
111 40	051	Einnahmen aus Verfahrenskostenhilfe.	9 200 000	6 500 000	+2 700 000	9 137
112 00	051	Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung.	8 500 000	6 000 000	+2 500 000	11 594
112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten.	160 000 000	389 230 500	-229 230 500	132 439
119 01	051	Vermischte Einnahmen.	4 200 000	3 300 000	+900 000	4 119
124 01	051	Mieten und Pachten. Nach § 63 Abs. 3 und 4 LHO wird zugelassen, dass landeseigene Unter- künfte den Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst zu einem Entgelt überlassen werden, das unter dem Marktpreis liegt.	520 000	480 000	+40 000	517
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen. . . Die im Zusammenhang mit der Veräußerung landeseigener Kraftfahr- zeuge anfallenden Nebenkosten sind gem. § 15 Abs. 1 S.3 LHO vom Ver- steigerungserlös abzusetzen.	40 000	30 000	+10 000	41

Übrige Einnahmen

162 00	051	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland.	—	—	—	—
231 00	051	Sonstige Zuweisungen vom Bund.	1 500 000	1 100 000	+400 000	1 559
232 00	051	Sonstige Zuweisungen von Ländern. s. Haushaltsvermerk Nr. 4 zu den Personalausgaben	—	—	—	102
235 00	051	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit.	—	—	—	—
236 00	051	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit. siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 428 01	—	—	—	73
Gesamteinnahmen Kapitel 04 210.			1 060 960 000	1 217 720 500	-156 760 500	952 394

Erläuterungen

Zu Titel 111 01:

1	Einnahmen aus Einrückungsgebühren für Veröffentlichungen im öffentlichen Anzeiger.	760 000	EUR
2	Sonstige Einnahmen.	867 140 000	EUR
	Zusammen.	867 900 000	EUR

Die Einnahmen aus der Tätigkeit der Gerichtsvollzieher beliefen sich im Haushaltsjahr 2012 auf 71,63 Mio. EUR, die der Vollziehungsbeamten auf 0,46 Mio. EUR.

Nach den Richtlinien für das Regierungsamtsblatt vom 12. August 1999 (SMBL.NRW.1141) müssen die Einnahmen aus dem Vertrieb des Amtsblattes einschl. des öffentlichen Anzeigers alle Ausgaben decken. Die Kosten der Mitteilungsblätter der Regierung sind bei Kapitel 03 310 Titel 511 01 veranschlagt.

Die Einnahmen aus Verfahrenskostenstundung werden seit dem 01.01.2012 separat bei dem neu eingerichteten Titel 111 30 gebucht, um Informationen über die Höhe der Einnahmen zu gewinnen.

Der Ansatz bei Kapitel 04 210 Titel 111 01 wird in Ansehung des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes erhöht. Nach den im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens angestellten Berechnungen sind für das Land Nordrhein-Westfalen in 2014 insgesamt Mehreinnahmen in Höhe von 87,9 Mio. EUR zu erwarten. Sie werden sich im Wesentlichen im Kapitel 04 210 auswirken, aber auch die Titel der Gruppen 111 in den Kapiteln 04 220, 04 230, 04 240 und 04 250 betreffen. Da noch kein valides Datenmaterial vorliegt, ist eine Aufteilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Haushaltsstellen nicht möglich. Die Veranschlagung der zu erwartenden Mehreinnahmen erfolgt vor diesem Hintergrund pauschal an dieser Stelle.

Zu Titel 111 30:

Siehe Erläuterungen bei Titel 111 01.

Zu Titel 111 40:

Einnahmen aus Verfahrenskostenhilfe gemäß § 76 FamFG.

Zu Titel 112 01:

Im Haushaltsjahr 2014 wird mit folgenden Einnahmen gerechnet:

1.	Gerichtskosten.	20 310 000	EUR
2.	Geldstrafen.	95 000 000	EUR
3.	Geldbußen.	20 290 000	EUR
4.	Geldauflagen.	24 400 000	EUR
	Zusammen.	160 000 000	EUR

An gemeinnützige Einrichtungen sind im Jahr 2012 rd. 17,9 Mio. € (2011: rd. 17,9 Mio. Euro) gezahlt worden.

Zu Titel 231 00:

Bei diesem Titel sind u. a. die Einnahmen aus dem Kostenausgleich in Strafsachen in Ausübung von Gerichtsbarkeit des Bundes veranschlagt.

Zu Titel 236 00:

Die Mittel sind bestimmt zur teilweisen Finanzierung der bei Titel 428 01 veranschlagten Stellen für die Einstellung von schwerbehinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+)	IST
Titel		2014	2013	weniger (-)	2012
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n**Personalausgaben**

1. Die Ausgaben der Titel 412 00, 427 30, 429 10, 453 01 und 459 00 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.
2. Die Ausgaben der Titel 422 01 und 428 01 dürfen in Höhe der Einnahmen bei Titel 232 00 überschritten werden.

412 00	051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	4 040 000	4 000 000	+40 000	3 900
		Aus diesem Titel können Fortbildungsmaßnahmen bezuschusst werden.				

Erläuterungen

Zu den Personalausgaben :

Zu Titel 412 00:

1. Entschädigungen einschließlich Aufwand an ehrenamtlich Tätige.	3 780 000 EUR
2. Unterrichtung der Schöffen/Schöffinnen und ehrenamtlichen Richter/Richterinnen.	244 600 EUR
3. Fortbildung der Schöffen/Schöffinnen.	15 400 EUR
Zusammen.	<u>4 040 000 EUR</u>

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR

422 01 051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. 669 003 100 650 713 700 +18 289 400 642 692

Planstellen

2014	2013	
3	3	Bes.Gr. R 8 Präsident/Präsidentin des Oberlandesgerichts
3	3	Bes.Gr. R 6 Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin
10	10	Präsident/Präsidentin des Landgerichts
13	13	Stellen
3	3	Bes.Gr. R 5 Präsident/Präsidentin des Amtsgerichts
4	4	Präsident/Präsidentin des Landgerichts
7	7	Stellen
12	12	Bes.Gr. R 4 Leitender/Leitende Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin
1	1	Präsident/Präsidentin des Amtsgerichts
5	5	Präsident/Präsidentin des Landgerichts
4	4	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts
22	22	Stellen
19	19	Bes.Gr. R 3 Leitender/Leitende Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin
3	3	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Amtsgerichts
15	15	Vorsitzender/Vorsitzende Richter/Richterin am Finanzgericht
111	111	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Landgerichts
111	111	Vorsitzender/Vorsitzende Richter/Richterin am Oberlandesgericht
148	148	Stellen
246	248	Bes.Gr. R 2 Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin davon 5 (7) Stellen ohne Besoldungsaufwand
23	23	Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage.
36	36	Direktor/Direktorin des Amtsgerichts
80	80	Direktor/Direktorin des Amtsgerichts Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage.
209	209	Richter/Richterin am Amtsgericht
1	1	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Amtsgerichts
339	332	Richter/Richterin am Oberlandesgericht davon 14 (7) Stellen ohne Besoldungsaufwand, davon 5 (-) kw zum 31.12.2017 davon 2 (2) kw zum 31.12.2017 Auf 2 (11) Stellen können auch Richter/Richterinnen am OLG, die zugleich Professor/Professorin an einer Hochschule sind und eine nichtruhegehaltfähige Stellenzulage nach Nr. 5 der Vorbemerkung zur BBesO C erhalten, geführt werden.
445	445	Vorsitzender/Vorsitzende Richter/Richterin am Landgericht davon 1 (1) Stellen ohne Besoldungsaufwand Auf 1 (1) Stelle kann ein/eine Vorsitzender Richter/Vorsitzende Richterin des Landgerichts, der/die zugleich Professor/-in an einer Hochschule ist eine nichtruhegehaltfähige Stellenzulage nach Nr. 5 der Vorbemerkung zur BBesO C erhalten davon 5 (5) kw zum 31.12.2017 (Verlängerung von "ab 01.01.2014")
5	5	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Landgerichts
1.384	1.379	Stellen

Erläuterungen

Zu Titel 422 01:

1. Dienstbezüge.	628 252 400	EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen.	38 346 900	EUR
3. Lehrzulagen (Aufwandsentschädigung).	938 700	EUR
4. Hausdienstvergütungen.	1 349 800	EUR
5. Vergütung für nebenamtlichen Unterricht.	115 300	EUR
Zusammen.	669 003 100	EUR

Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen

Bes. Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
R 2	5 neue Planstellen Richter/Richterin am Oberlandesgericht (BesGr. R 2) ohne Besoldungsaufwand, kw zum 31.12.2017	5	–
R 2	Umwandlung von 2 Planstellen Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin ohne Besoldungsaufwand in 2 Planstellen Richter/Richterin am Oberlandesgericht (BesGr. R 2) ohne Besoldungsaufwand	2	2
A 14	Hebung von 4 Planstellen Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin aus 4 Planstellen der BesGr. A 13hD (Regierungsrat/Regierungsrätin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	4	–
A 13 h.D.	Hebung von 4 Planstellen Regierungsrat/Regierungsrätin in 4 Planstellen der BesGr. A 14 (Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	4
A 13 g.D.	Hebung von 2 Planstellen Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin aus 2 Planstellen der BesGr. A 12 (Justizamtsrat/Justizamtsrätin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	2	–
A 12	20 neue Planstellen Amtsanwalt/Amtsanwältin (BesGr. A 12)	20	–
A 12	Hebung von 2 Planstellen Justizamtsrat/Justizamtsrätin in 2 Planstellen der BesGr. A 13 (Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	2
A 9 m.D.	Hebung von 3 Planstellen Justizamtsinspektor mit Amtszulage/Justizamtsinspektorin mit Amtszulage aus 3 Planstellen der BesGr. A 9 (Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	3	3
A 9 m.D.	Absenkung von 1 Planstelle Obergerichtsvollzieher mit Amtszulage/Obergerichtsvollzieherin mit Amtszulage in 1 Planstelle der BesGr. A 9 (Obergerichtsvollzieher/Obergerichtsvollzieherin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	1	1
A 9 m.D.	Hebung von 7 Planstellen Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin aus 7 Planstellen der BesGr. A 8 (Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	7	–
A 9 m.D.	Absenkung von 3 Planstellen Obergerichtsvollzieher/Obergerichtsvollzieherin in 3 Planstellen der BesGr. A 8 (Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	3
A 8	Hebung von 2 Planstellen Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin aus 2 Planstellen der BesGr. A 7 (Justizobersekretär/Justizobersekretärin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	2	–
A 8	Hebung von 7 Planstellen Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin in 7 Planstellen der BesGr. A 9 (Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	7
A 8	Absenkung von 3 Planstellen Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin aus 3 Planstellen der BesGr. A 9 (Obergerichtsvollzieher/Obergerichtsvollzieherin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	3	–
A 8	Umsetzung von 1 Planstelle Justizvollzugshauptsekretär/Justizvollzugshauptsekretärin aus dem Kapitel 04 410 im Haushaltsvollzug 2013 gemäß §§ 6 Abs. 7 und 31 HG 2012	1	–
A 8	Umwandlung von 1 Planstelle Justizvollstreckungshauptsekretär/Justizvollstreckungshauptsekretärin in 1 Planstelle Erster Justizhauptwachmeister/Erste Justizhauptwachmeisterin (BesGr. A 6))	–	1
A 8	Umwandlung von 5 Planstellen Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin in 5 Planstellen Justizhauptwachmeister/Justizhauptwachmeisterin (BesGr. A 4)	–	5
A 8	Umwandlung von 6 Planstellen Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin in 6 Planstellen Justizsekretär/Justizsekretärin (BesGr. A 6) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	6
A 7 m.D.	Absenkung von 5 Planstellen Justizobersekretär/Justizobersekretärin in 5 Planstellen der BesGr. A 6 (Justizsekretär/Justizsekretärin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	5
A 7 m.D.	Hebung von 2 Planstellen Justizobersekretär/Justizobersekretärin in 2 Planstellen der BesGr. A 8 (Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	2
A 7 m.D.	Umwandlung von 3 Planstellen Justizvollstreckungsobersekretär/Justizvollstreckungsobersekretärin in 3 Planstellen Justizobersekretär/Justizobersekretärin (BesGr. A 7)	3	3
A 6 m.D.	Absenkung von 5 Planstellen Justizsekretär/Justizsekretärin aus 5 Planstellen der BesGr. A 7 (Justizobersekretär/Justizobersekretärin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	5	–
A 6 m.D.	Umwandlung von 6 Planstellen Justizsekretär/Justizsekretärin aus 6 Planstellen Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin (BesGr. A 8)	6	–
A 6 e.D.	Umwandlung von 1 Planstelle Erster Justizhauptwachmeister/Erste Justizhauptwachmeisterin aus 1 Planstelle Justizvollstreckungshauptsekretär/Justizvollstreckungshauptsekretärin (BesGr. A 8)	1	–

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	mehr (+) weniger (-) 2014 EUR	IST 2012 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
		Bes.Gr. R 1				
11	11	Direktor/Direktorin des Amtsgerichts				
724	724	Staatsanwalt/Staatsanwältin 66 (66) erhalten erhalten eine Amtszulage gem. FN 2 zur BesGr R 1 BBesO, davon 4 (4) Stellen ohne Besoldungsaufwand				
2.202	2.202	Richter/Richterin am Amts- oder Landgericht davon 11 (11) Stellen ohne Besoldungsaufwand davon 2 (2) kw zum 31.12.2017 Auf 1 (2) Stellen können auch Richter/Richterinnen am Amts-oder Landgericht, die zugleich Professor/Professorin an einer Hochschule sind und eine nichtruhegehaltfähige Stellenzulage nach Nr. 5 der Vorbemerkung zur BBesO C erhalten, geführt werden				
2.937	2.937	Stellen				
		Bes.Gr. A 16				
4	4	Leitender/Leitende Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin				
		Bes.Gr. A 15				
43	43	Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin				
		Bes.Gr. A 14				
54	50	Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin				
		Bes.Gr. A 13				
25	29	Regierungsrat/Regierungsrätin				
		Bes.Gr. A 13				
199	197	Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin 39 (39) erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 13 zu BesGr. A 13 BBesO. davon 5 (5) Stellen ohne Besoldungsaufwand				
186	186	Oberamtsanwalt/Oberamtsanwältin Auf 10 Stellen können Staatsanwälte/Staatsanwältinnen (Richter/Richterinnen auf Probe) der BesGr. R 1 für bis zu 2 Jahre geführt werden. 37 (37) erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 12 zu BesGr A 13 der BBesO. davon 1 (1) Stelle ohne Besoldungsaufwand				
385	383	Stellen				
		Bes.Gr. A 12				
143	123	Amtsanwalt/Amtsanwältin				
2	2	Bibliotheksamtsrat/Bibliotheksamtsrätin				
601	603	Justizamtsrat/Justizamtsrätin davon 1 (1) Stelle ohne Besoldungsaufwand				
746	728	Stellen				
		Bes.Gr. A 11				
1.030	1.030	Justizamtsmann/Justizamtsfrau davon 1 (1) Stelle ohne Besoldungsaufwand				
		Bes.Gr. A 10				
702	702	Justizoberinspektor/Justizoberinspektorin				
		Bes.Gr. A 9				
223	223	Justizinspektor/Justizinspektorin				
		Bes.Gr. A 9				
1.377	1.370	Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin 411 (408) erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr A 9 der BBesO				
725	728	Obergerichtsvollzieher/Obergerichtsvollzieherin 217 (218) erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr A 9 der BBesO				
2.102	2.098	Stellen				

Erläuterungen

Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen

Bes. Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
A 5 e.D.	Hebung von 4 Planstellen Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin aus 4 Planstellen der BesGr. A 4 (Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	4	–
A 4	10 neue Planstellen Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin (Eingangskontrolle)	10	–
A 4	Hebung von 4 Planstellen Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin in 4 Planstellen der BesGr. A 5 (Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin) aufgrund Schlüsselung der Planstellen	–	4
A 4	Umwandlung von 1 Planstelle Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin aus 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar der Laufbahngruppe des einfachen Dienstes	1	–
A 4	Umwandlung von 5 Planstellen Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin aus 5 Planstellen Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin (BesGr. A 8)	5	–
Zusammen		85	48

Bemerkung zum gehobenen Justizdienst:

Von den 2.755 Planstellen des gehobenen Justizdienstes entfallen 1.512 Stellen auf Beamte, für die gemäß § 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2a der Funktionsgruppenverordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG eine Überschreitung der Obergrenzen des § 26 Abs. 1 BBesG zulässig ist.

Von diesen Planstellen sind ausgebracht:

Rechtspfleger (1439):

A 13 (8 v.H.):	115	(davon 39 mit Amtszulage)
A 12 (25 v.H.):	360	
A 11 (40 v.H.):	575	
A 10 (17,5 v.H.):	252	
A 9 (9,5 v.H.):	137	

Vorprüfungsstellen (50):

A 13 (10 v.H.):	5
A 12 (30 v.H.):	15
A 11 (30 v.H.):	15
A 10 (19,5 v.H.):	10
A 9 (10,5 v.H.):	5

ADV -Ablaufplanung, Programmierung- (23):

A 13 (10 v.H.):	2
A 12 (20 v.H.):	5
A 11 (50 v.H.):	11
A 10 (13 v.H.):	3
A 9 (7 v.H.):	2

Bemerkung zum mittleren Justizdienst:

Von den 3.968 Planstellen des mittleren Justizdienstes entfallen 1.532 Stellen auf Beamte, für die gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2b und Nr. 4 der Funktionsgruppenverordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG eine Überschreitung der Obergrenzen des § 26 Abs. 1 BBesG zulässig ist.

Von diesen Planstellen sind ausgebracht:

Stellen für Beamte des mittleren Justizdienstes mit Sachbearbeiteraufgaben (1.476):

A 9 (80 v.H.):	1.180	(davon 354 mit Amtszulage)
A 8 (20 v.H.):	296	

ADV -Ablaufplanung, Programmierung- (56):

A 9 (20 v.H.):	11	(davon 3 mit Amtszulage)
A 8 (50 v.H.):	28	
A 7 (20 v.H.):	11	
A 6 (10 v.H.):	6	

Abgeordnete Beamtinnen und Beamte

Bes. Gr.	Dienstbezeichnung	2014	2013
A 14	Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin (aus Kap. 04 510)	2	2
A 13 g.D.	Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin (aus Kap. 04 510)	1	1
A 12	Justizamtsrat/Justizamtsrätin (aus Kap. 04 510)	1	1
Zusammen		4	4

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	mehr (+) weniger (-) 2014 EUR	IST 2012 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
		Bes.Gr. A 8				
311	319	Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin				
1.098	1.103	Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin davon 1 (1) Stelle ohne Besoldungsaufwand				
1	—	Justizvollzugshauptsekretär/Justizvollzugshauptsekretärin				
1	1	Bibliothekshauptsekretär/Bibliothekshauptsekretärin				
27	28	Justizvollstreckungshauptsekretär/Justizvollstreckungshauptsekretärin				
1.438	1.451	Stellen				
		Bes.Gr. A 7				
1.086	1.090	Justizobersekretär/Justizobersekretärin				
9	12	Justizvollstreckungsobersekretär/Justizvollstreckungsobersekretärin Bibliotheksobersekretär/Bibliotheksobersekretärin				
1.095	1.102	Stellen				
		Bes.Gr. A 6				
407	396	Justizsekretär/Justizsekretärin				
1	1	Justizvollstreckungssekretär/Justizvollstreckungssekretärin				
408	397	Stellen				
		Bes.Gr. A 7				
25	25	Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				
		Bes.Gr. A 6				
270	269	Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				
		Bes.Gr. A 5				
591	587	Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				
		Bes.Gr. A 4				
608	596	Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin				
		Bes.Gr. A 3				
—	—	Justizoberwachtmeister/Justizoberwachtmeisterin 120 Dienstwohnung(en) Die Anzahl der Dienstwohnungen bezieht sich auf die BesGr A 6 e.D. - A 3.				
14.263	14.226	Planstellen				
		davon				
120		Dienstwohnungsinhaber				
		Gliederung nach Laufbahngruppen				
4.640	4.635	Höherer Dienst				
3.086	3.066	Gehobener Dienst				
5.043	5.048	Mittlerer Dienst				
1.494	1.477	Einfacher Dienst				
		Altersteilzeitstellen (ATZ)				
2014	2013					
		Bes.Gr. A 15				
1	3	Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin				
		Bes.Gr. A 14				
2	2	Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin				
		Bes.Gr. A 13				
9	12	Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin 2 (4) erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 13 zu BesGr. A 13 BBesO.				
		Bes.Gr. A 12				
18	22	Justizamtsrat/Justizamtsrätin				

Erläuterungen

Stellen für Richterinnen und Richter auf Probe

Bes. Gr.	Dienstbezeichnung	2014	2013
R 1	Richter/Richterin auf Probe	182	182
Zusammen		182	182

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	mehr (+) weniger (-) 2014 EUR	IST 2012 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
	4	5				
		Bes.Gr. A 11 Justizamtmann/Justizamtfrau				
	56	60				
		Bes.Gr. A 9 Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin				
	13	15				
		38 (41) erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO. Obergerichtsvollzieher/Obergerichtsvollzieherin				
		7 (9) erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO.				
	69	75				
		Stellen				
	12	12				
		Bes.Gr. A 8 Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin				
	2	2				
		Bes.Gr. A 7 Justizobersekretär/Justizobersekretärin				
	1	2				
		Bes.Gr. A 6 Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				
	1	1				
		Bes.Gr. A 5 Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				
	119	136				
		ATZ - Stellen				
		Leerstellen				
	2014	2013				
	1	1				
		Bes.Gr. R 3 Vorsitzender/Vorsitzende Richter/Richterin am Oberlandesgericht				
	8	1				
	—	1				
		Bes.Gr. R 2 Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin				
		Direktor/Direktorin des Amtsgerichts				
		- davon 1 (2) mit Amtszulage -				
	15	17				
		Richter/Richterin am Amtsgericht				
	5	6				
		Richter/Richterin am Oberlandesgericht				
		Vorsitzender/Vorsitzende Richter/Richterin am Landgericht				
	28	25				
		Stellen				
	93	93				
		Bes.Gr. R 1 Staatsanwalt/Staatsanwältin				
	370	340				
		Richter/Richterin am Amts- oder Landgericht				
	463	433				
		Stellen				
	1	1				
		Bes.Gr. A 13 Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin				
	3	—				
		Oberamtsanwalt/Oberamtsanwältin				
	4	1				
		Stellen				
	12	6				
		Bes.Gr. A 12 Amtsanwalt/Amts-anwältin				
	6	6				
		Justizamtsrat/Justizamtsrätin				
	18	12				
		Stellen				
	80	80				
		Bes.Gr. A 11 Justizamtmann/Justizamtfrau				
	157	159				
		Bes.Gr. A 10 Justizoberinspektor/Justizoberinspektorin				
	80	75				
		Bes.Gr. A 9 Justizinspektor/Justizinspektorin				

Erläuterungen

Leerstellen

	beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach §§ 66,71 LBG § 6a LRiG	beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach § 70 LBG § 6b LRiG	Erziehungs- urlaub/ Elternzeit	Schuldienst, Entwick- lungshilfe, Forschung	Bund, supranatio- nale Orga- nisationen	sonstige Leerstel- len	Erläuterungen	2014	2013
Planmäßige Beamtinnen und Beamte									
R 3	–	–	–	–	1	–		1	1
R 2	3	3	7	–	12	3		28	25
R 1	102	12	291	–	37	21		463	433
A 13 g.D.	2	1	1	–	–	–		4	1
A 12	11	4	3	–	–	–		18	12
A 11	31	12	37	–	–	–		80	80
A 10	80	3	74	–	–	–		157	159
A 9 g.D.	20	3	57	–	–	–		80	75
A 9 m.D.	14	10	3	–	–	1		28	34
A 8	35	17	35	–	3	–		90	72
A 7 m.D.	110	25	98	–	–	1		234	229
A 6 m.D.	85	7	47	–	–	–		139	137
A 6 e.D.	1	–	–	–	–	–		1	1
A 5 e.D.	1	–	–	–	–	–		1	1
A 4	2	–	3	–	–	–		5	5
Zusammen	497	97	656	–	53	26		1329	1265

Leerstellen für Richterinnen und Richter auf Probe

	beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach §§ 66,71 LBG § 6a LRiG	beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach § 70 LBG § 6b LRiG	Erziehungs- urlaub/ Elternzeit	Schuldienst, Entwick- lungshilfe, Forschung	Bund, supranatio- nale Orga- nisationen	sonstige Leerstel- len	Erläuterungen	2014	2013
R 1	–	–	3	–	–	–		3	13
Zusammen	–	–	3	–	–	–		3	13

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	mehr (+) weniger (-) 2014 EUR	IST 2012 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
		Bes.Gr. A 9				
	24	27				
		Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin				
		davon 8 (9) mit Amtszulage				
	4	7				
		Obergerichtsvollzieher/Obergerichtsvollzieherin				
		davon 1 (3) mit Amtszulage				
	28	34				
		Stellen				
		Bes.Gr. A 8				
	11	11				
		Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin				
	79	61				
		Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin				
	90	72				
		Stellen				
		Bes.Gr. A 7				
	234	229				
		Justizobersekretär/Justizobersekretärin				
		Bes.Gr. A 6				
	139	137				
		Justizsekretär/Justizsekretärin				
		Bes.Gr. A 6				
	1	1				
		Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				
		Bes.Gr. A 5				
	1	1				
		Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				
		Bes.Gr. A 4				
	5	5				
		Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin				
	1.329	1.265				
		Leerstellen				

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
422 02 051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.	10 671 200	9 598 000	+1 073 200	7 243
427 01 051	Entgelte für Aushilfen.	1 941 100	2 278 400	-337 300	15 838
427 21 051	Entgelte für geprüfte Auszubildende.	—	—	—	8
427 30 051	Prüfungsvergütungen und Aufsichtsvergütungen.	760 000	814 000	-54 000	751

Erläuterungen

Zu Titel 422 02:

1. Anwärterbezüge	9 903 800 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen.	767 400 EUR
Zusammen.	10 671 200 EUR

Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Eingangsam	Dienstbezeichnung	2014	2013
Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst			
A 13 h.D.	Referendare/Referendarinnen und Rechtspraktikanten/Rechtspraktikantinnen	–	–
A 9 g.D.	Rechtspflegeranwärter/ Rechtspflegeranwärterinnen	649	665
A 6 m.D.	Justizsekretäranwärter/ Justizsekretäranwärterinnen	461	456
A 3	Justizoberwachmeisteranwärter/ Justizoberwachmeisteranwärterinnen	10	10
Zusammen		1120	1131

Dazu

Verwaltungspraktikantinnen / Verwaltungspraktikanten	–	–
Verwaltungslehrlinge	–	–

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

A 9 g.D.	Rechtspflegeranwärter/ Rechtspflegeranwärterinnen	137	159
A 6 m.D.	Justiz-/Regierungssekretäranwärter/Justiz-/ Regierungssekretäranwärterinnen	138	122
A 3	Justizoberwachmeisteranwärter/ Justizoberwachmeisteranwärterinnen	4	4
Zusammen		279	285

Die Stellen und Mittel für Referendare/Referendarinnen und Rechtspraktikanten/Rechtspraktikantinnen werden seit dem Haushaltsjahr 2006 bei Titel 429 10 veranschlagt.

Die Einstellungsermächtigungen berücksichtigen für die Arbeitsgerichtsbarkeit 3 Anwärter/Anwärterinnen des gehobenen Justizdienstes und je 1 Anwärter/Anwärterin des mittleren Justizdienstes für die Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit .

Zu Titel 427 01:

Für die Beschäftigung von Aushilfs- und Vertretungskräften im Rahmen eines auf längstens 12 Monate befristeten oder weniger als die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit abgeschlossenen Arbeits- oder Dienstvertrages.

Zu Titel 427 21:

Der Mittelansatz dient der befristeten Weiterbeschäftigung von geprüften Auszubildenden (Justizfachangestellten).

Zu Titel 427 30:

Prüfungsvergütung für die Mitwirkung nebenamtlicher Prüfer bei der Durchsicht der Aufsichtsarbeiten und in den mündlichen Prüfungen (voraussichtlich 2.000 Kandidaten/Kandidatinnen), Aufsichtsvergütung sowie Vergütung für die Mitwirkung in Widerspruchsverfahren.

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
Funkt.- Kennziffer		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
428 01 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mehreinnahmen bei Titel 236 00 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.	257 120 300	242 001 700	+15 118 600	240 775

Erläuterungen

Zu Titel 428 01:

1. Gesamtbezüge.	225 414 100 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen.	31 700 100 EUR
3. Lehrzulagen.	6 100 EUR
Zusammen.	257 120 300 EUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2014	Stellensoll 2013	mehr (+) / weniger (-)
Höherer Dienst	11	9	+2
Gehobener Dienst	229	226	+3
Mittlerer Dienst	4849	4856	-7
Einfacher Dienst	97	102	-5
Gesamt	5186	5193	-7

Erläuterungen:

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem mittleren Dienst sind 9 (7) Stellen kw, davon

- 5 (5) kw zum 31.12.2017 (Verlängerung von "ab 01.01.2014") - EHUG-Verfahren - vormals Org.-Untersuchung Schreib- und Protokolldienst.
- (1) kw zum 31.12.2013 - Übernahme von Menschen mit Behinderungen aus einer Qualifizierungsmaßnahme (Epl. 03).
- 2 (-) kw zum 31.12.2014 - Übernahme von Menschen mit Behinderungen aus einer Qualifizierungsmaßnahme (Epl. 03).
- 1 (-) kw zum 31.12.2016 - Übernahme von Menschen mit Behinderungen aus einer Qualifizierungsmaßnahme (Epl. 03).
- 1 (1) kw, sobald die entsprechenden Einnahmen der Länder entfallen.

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem einfachen Dienst sind 52 (56) Stellen kw - Org.Untersuchung Reinigungsdienst.

Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Erläuterungen	Zugang	Abgang
Höherer Dienst	Hebung von 2 Stellen aus 2 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	2	-
Gehobener Dienst	Hebung von 3 Stellen aus 3 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	3	-
Mittlerer Dienst	Hebung von 2 Stellen in 2 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar der Laufbahngruppe des höheren Dienstes	-	2
	Umsetzung von 2 Stellen in den Einzelplan 02 im Haushaltsvollzug 2012 gemäß § 6 Abs. 7 HG 2012	-	2
	Hebung von 3 Stellen in 3 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergleichbar der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes	-	3
	Umsetzung von 2 Stellen aus dem Einzelplan 03 im Haushaltsvollzug 2012 gemäß § 6 Abs. 7 HG 2012	2	-
	Realisierung von 2 kw-Vermerken "ab 01.01.2012" (1,5 %ige Stelleneinsparung - vgl. Haushaltsvermerk Nr. 2 zu den Personalausgaben in Kapitel 04 020)	-	2
	Umsetzung von 1 Stelle aus dem Einzelplan 03 im Haushaltsvollzug 2013 gemäß § 6 Abs. 7 HG 2013	1	-
	Realisierung von 1 kw-Vermerk "31.12.2013"	-	1
Insgesamt m.D.		3	10
Einfacher Dienst	Realisierung von 4 kw-Vermerken (Org.Untersuchung 1993 - Reinigungsdienst)	-	4
	Umwandlung von 1 Stelle in 1 Planstelle Justizhauptwachmeister/Justizhauptwachmeisterin (BesGr. A 4)	-	1
Insgesamt e.D.		-	5
Zusammen		8	15

Erläuterungen

Altersteilzeitstellen (ATZ) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2014	Stellensoll 2013	mehr (+) / weniger (-)
Gehobener Dienst	–	1	-1
Mittlerer Dienst	29	31	-2
Einfacher Dienst	1	1	–
Gesamt	30	33	-3

Leerstellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	aus familiären Gründen entsprechend §§ 66,71 LBG	Beurlaubungen			Erläuterungen	2014	2013
		aus arbeits- marktpol. Gründen entspr. § 70 LBG	wegen Erziehungs- urlaub/ Elternzeit	aus sonstigen Gründen			
Gehobener Dienst	6	–	13	–		19	10
Mittlerer Dienst	387	–	194	–		581	592
Einfacher Dienst	1	–	–	–		1	1
Zusammen	394	–	207	–		601	603

Stellen für Auszubildende

Bezeichnung	2014	2013
1. Nach dem Berufsbildungsgesetz		
a) verwaltungsbezogen	912	912
b) nicht verwaltungsbezogen	–	–
2. Praktikanten/Praktikantinnen	151	151
3. Schüler/Schülerinnen		
a) mit Entgelt	–	–
b) ohne Entgelt	–	–
Zusammen	1063	1063

Erläuterungen zu den Stellen für Auszubildende:

Bei den Praktikanten handelt es sich um Berufspraktikanten der Sozialarbeit.

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
429 10 051	Vergütungen der Referendarinnen und Referendare im juristischen Vorbereitungsdienst.	54 115 300	52 454 500	+1 660 800	50 824
451 01 051	Zuschüsse zur Betreuung von Bediensteten.	—	—	—	—
453 01 051	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung.	750 000	750 000	—	710
459 00 051	Vergütung und Entschädigung der Vollstreckungsbeamten. Der Ansatz darf im Rahmen der VO zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher und der Vollstreckungsvergütungs-VO in den jeweils geltenden Fassungen überschritten werden.	54 000 000	53 500 000	+500 000	53 954
Sächliche Verwaltungsausgaben					
<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Ausgaben mit Ausnahme der Titel 532 10, 532 20, 546 02, 546 40, 546 41 und 546 50 sind übertragbar. 2. Die Ausgaben mit Ausnahme der Titel 532 10, 532 20, 546 02, 546 40, 546 41 und 546 50 sind gegenseitig deckungsfähig. 3. Siehe Deckungsvermerk (Haushaltsvermerk Nr. 3) zu den Ausgaben für Investitionen. 4. Die Ausgaben mit Ausnahme der Titel 532 10, 532 20, 546 02, 546 40, 546 41 und 546 50 dürfen bis zur Höhe von 10 v.H. der veranschlagten Ausgaben der Obergruppe 81 überschritten werden, wenn dort in entsprechender Höhe Mittel eingespart werden. 5. Minderausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 5 mit Ausnahme der Titel 532 10, 532 20, 546 02, 546 40, 546 41 und 546 50 dürfen für Mehrausgaben bei Kapitel 04 020 Titel 525 30 und 525 40 verwendet werden. 6. Mehrausgaben dürfen mit Ausnahme der Titel 532 10, 532 20, 546 02, 546 40, 546 41 und 546 50 bis zur Höhe der Mehreinnahmen mit Ausnahme der Titel der Gruppen 111 und 112 geleistet werden. 7. Der Erlös aus der Veräußerung von entbehrlichen, veralteten, unwirtschaftlichen oder dem heutigen Stand der Technik nicht mehr entsprechenden beweglichen Sachen fließt den Mitteln der jeweiligen Titel zu. 8. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 684 51. 					
511 00 051	Ausgaben für die Kommunikation. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	38 071 400	38 350 400	-279 000	—
511 01 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände. 1. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO) . 2. Einnahmen aus der Weitergabe von Entscheidungen aus der NRW-Rechtsprechungsdatenbank können von der Ausgabe abgesetzt werden (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	14 585 300	14 585 300	—	44 868
514 01 051	Haltung von Dienstfahrzeugen. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	405 000	405 000	—	325
514 02 051	Dienst- und Schutzkleidung.	470 000	470 000	—	408

Erläuterungen

Zu Titel 429 10:

1. Gesamtvergütung.	50 450 500 EUR
2. Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen.. . . .	3 664 800 EUR
Zusammen.	54 115 300 EUR

Die laufenden monatlichen Zuwendungen an Ausländer, die nicht aus Mitgliedstaaten der EU stammen und die ihren juristischen Vorbereitungsdienst im Lande NRW ableisten sind bis zur Höhe des Unterhaltszuschusses für deutsche Referendare bei Kapitel 04 210 Titel 429 10 veranschlagt.

Stellen für Auszubildende

Bezeichnung	2014	2013
1. Nach dem Berufsbildungsgesetz		
a) verwaltungsbezogen	—	—
b) nicht verwaltungsbezogen	—	—
2. Praktikanten/Praktikantinnen	—	—
3. Schüler/Schülerinnen		
a) mit Entgelt	—	—
b) ohne Entgelt	—	—
4. in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis	4657	6157
Zusammen	4657	6157

Erläuterungen zu den Stellen für Referendare/Referendarinnen:

Die Stellen für Referendarinnen/Referendare werden seit dem Haushaltsjahr 2006 in einem eigenen Titel veranschlagt. Bis zum Haushaltsjahr 2005 erfolgte die Veranschlagung bei Titel 422 02.

Die Einstellungsquote für Referendare/Referendarinnen richtet sich nach der Zahl der die 1. juristische Staatsprüfung bestehenden Jurastudenten.

Zu Titel 453 01:

1. Trennungentschädigung.	700 000 EUR
2. Umzugskostenvergütung.	50 000 EUR
Zusammen.	750 000 EUR

Zu Titel 459 00:

Die Ausgaben werden durch die von den Vollstreckungsbeamten erhobenen Kosten (Gebühren und Auslagen) gedeckt. Ein Teil der Gebührenanteile ist in der durch Rechtsverordnung festgesetzten Höhe einkommensteuerfreie Aufwandsentschädigung im Sinne von § 3 Ziff. 12 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes. Im Jahr 2012 waren folgende Ausgaben fällig:

- Bürokostenentschädigung der Gerichtsvollzieher.	20 973 000 EUR
Vollstreckungsvergütung für die.	— EUR
- Gerichtsvollzieher.	4 142 500 EUR
- Vollziehungsbeamten.	113 600 EUR
- Auslagenerstattung.	28 042 800 EUR

Die vorgenannten Beträge weichen wegen der zeitlich um rd. 3 Monate versetzten Kassenwirksamkeit von den in der Haushaltsrechnung ausgewiesenen Istaussgaben ab.

Zu Titel 511 00:

Entgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen, Hörfunk- und Fernsehgebühren; hierunter fallen auch Ausgaben für die Errichtung, Verlegung, Wartung und Miete von angemieteten und landeseigenen Telekommunikationsanlagen sowie Entgelte für Fernmeldeleitungen. Bis einschließlich 2012 mitveranschlagt bei Titel 511 01.

Zu Titel 511 01:

1. Geschäftsbedarf.	8 486 100 EUR
2. Bücher und Zeitschriften.	3 580 000 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	2 454 200 EUR
4. Sonstiges.	65 000 EUR
Zusammen.	14 585 300 EUR

Im Zuge der Umstellung auf EPOS.NRW werden die Ausgaben für die Kommunikation ab dem Jahr 2013 gesondert veranschlagt bei Titel 511 00.

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
517 01 051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	1 140 000	1 140 000	—	1 081
517 04 051	Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	33 151 900	33 151 900	—	30 779
518 01 051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume. 1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 518 60 2. Die Verpflichtungsermächtigung ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 518 02. Verpflichtungsermächtigung: 66 000 EUR.	7 062 600	6 760 100	+302 500	6 328
518 02 051	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge. Die Verpflichtungsermächtigung ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 518 01. Verpflichtungsermächtigung: 934 000 EUR.	1 187 100	414 900	+772 200	291

Erläuterungen

Zu Titel 517 01:

1. Bewirtschaftungskosten, die an den BLB zu zahlen sind.	960 000 EUR
2. Bewirtschaftungskosten an Sonstige.	180 000 EUR
Zusammen.	1 140 000 EUR

Zu Titel 517 04:

1. Bewirtschaftungskosten, die an den BLB NRW zu zahlen sind.. . . .	31 755 900 EUR
2. Bewirtschaftungskosten an Sonstige.	1 396 000 EUR
Zusammen.	33 151 900 EUR

Zu Titel 518 01:

Veranschlagt sind:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Bezeichnung und Lage	Haupt- und Nebenfläche (qm)	Jahresmiete 2014 (EUR)
OLG/GStA-Bezirk Düsseldorf		
GStA Düsseldorf	2.844	358.000
StA Düsseldorf, Fritz-Roeber Straße 2-3	15.898	2.780.000
StA Wuppertal, Hofaue 23	5.462	717.500
Anmietung LG Duisburg	754	56.000
12 weitere Anmietungen sowie Einstellplätze	5.241	443.400
Summe	30.199	4.354.900
OLG/GStA-Bezirk Hamm		
OLG Hamm, Am Hülsenbusch 39	1.870	160.000
AG Hagen (ZEMA I)	4.617	525.000
AG Tecklenburg	2.298	267.000
StA Paderborn	2.584	202.000
11 weitere Anmietungen	5.227	447.000
Summe	16.596	1.601.000
OLG/GStA-Bezirk Köln		
AG Königswinter	2.245	280.000
AG Eschweiler	1.206	155.000
AG Wermelskirchen	1.568	240.000
7 weitere Anmietungen	3.393	431.700
Summe	8.412	1.106.700
Zusammen	55.207	7.062.600

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
Funkt.- Kennziffer		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
518 04 051	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbe- trieb NRW. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 518 60.	113 321 900	112 138 100	+1 183 800	110 999

Erläuterungen

Zu Titel 518 04:

Veranschlagt sind:

Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.

Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
OLG-Bezirk Düsseldorf			
1_1011, 1_1049, 1_1058	Oberlandesgericht Düsseldorf	23.858	6.506.300
1_748	Landgericht Düsseldorf	15.445	2.121.800
1_749	Amtsgericht Düsseldorf	22.800	3.134.600
1_750	Amtsgericht Langenfeld	5.146	315.000
1_117	Amtsgericht Neuss	11.387	801.800
1_751	Amtsgericht Ratingen	1.562	161.300
1_190	Landgericht Duisburg	8.858	811.400
1_173	Amtsgericht Dinslaken	2.597	199.900
1_162, 1_996	Amtsgericht Duisburg	10.577	953.500
1_163	Amtsgericht Duisburg-Hamborn	7.530	586.300
1_898	Amtsgericht Duisburg-Ruhrort	3.548	414.200
1_899, 1_900	Amtsgericht Mülheim	3.829	298.600
1_160	Amtsgericht Oberhausen	5.664	771.600
1_159	Amtsgericht Wesel	4.398	278.300
1_901	Landgericht Kleve	3.054	331.600
1_902	Amtsgericht Emmerich	1.818	130.900
1_154	Amtsgericht Geldern	3.829	371.300
1_903, 228_1	Amtsgericht Kleve	3.131	305.400
1_156	Amtsgericht Moers	3.636	423.400
1_164	Amtsgericht Rheinberg	3.076	215.300
1_134	Landgericht Krefeld	5.749	442.300
1_135	Amtsgericht Kempen	1.701	199.400
1_131	Amtsgericht Nettetal	1.570	122.000
1_138	Amtsgericht Krefeld	6.470	470.200
1_995	Amtsgericht Krefeld	5.344	477.750
1_931	Landgericht Mönchengladbach	6.177	642.300
1_814	Amtsgericht Erkelenz	2.519	142.800
1_932	Amtsgericht Grevenbroich	1.385	299.300
1_933	Amtsgericht Mönchengladbach	7.790	705.100
1_934	Amtsgericht Mönchengladbach-Rheydt	2.930	310.200
1_137	Amtsgericht Viersen	5.265	382.800
1_711	Landgericht Wuppertal	10.966	2.262.200
1_703	Amtsgericht Wuppertal	14.800	3.050.000
1_1080	Amtsgericht Mettmann	3.885	909.950
1_707	Amtsgericht Remscheid	4.201	570.400
1_845	Amtsgericht Solingen	5.407	417.400
1_705	Amtsgericht Velbert	4.898	498.300
Zusammen		236.800	31.034.900

Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
OLG-Bezirk Hamm:			
1_387, 1_402	Oberlandesgericht Hamm	27.924	4.534.300
1_385, 1_386	Landgericht Arnsberg	5.010	297.800
1_382	Amtsgericht Arnsberg	5.487	306.000
1_380	Amtsgericht Brilon	2.200	184.800
1_380	Amtsgericht Marsberg	772	36.300
1_379	Amtsgericht Medebach	815	39.500
1_378	Amtsgericht Menden	2.056	142.000
1_177	Amtsgericht Meschede	2.455	129.100
1_415	Amtsgericht Schmallenberg	977	52.500
1_417	Amtsgericht Soest	3.727	210.900
1_390	Amtsgericht Warstein	1.394	60.100
1_428	Amtsgericht Werl	953	51.200
1_825, 1_561, 1_562	Justizbehörden Bielefeld	41.969	3.476.700

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Erläuterungen

Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
1_826	Amtsgericht Bad Oeynhausen	5.096	319.800
1_560	Amtsgericht Bünde	1.781	213.000
1_559	Amtsgericht Gütersloh	2.417	240.900
1_546	Amtsgericht Halle	2.325	236.700
1_547	Amtsgericht Herford	3.556	206.900
1_548	Amtsgericht Lübbecke	4.696	255.500
1_550	Amtsgericht Rahden	1.561	71.700
1_551	Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück	1.272	68.200
1_94	Justizzentrum Bochum	31.250	3.109.000
1_87	Amtsgericht Herne	2.697	170.700
1_96	Amtsgericht Herne-Wanne	2.000	104.700
1_488	Amtsgericht Recklinghausen	8.141	571.000
1_860	Amtsgericht Witten	4.058	319.100
1_884	Landgericht Detmold	5.382	368.600
1_528	Amtsgericht Blomberg	2.566	118.700
1_885	Amtsgericht Detmold	5.012	330.500
1_529	Amtsgericht Lemgo	5.055	255.200
1_97	Landgericht Dortmund	13.444	1.758.200
1_486	Amtsgericht Castrop-Rauxel	2.515	187.200
1_861	Amtsgericht Dortmund	18.808	2.635.700
1_427	Amtsgericht Hamm	6.872	538.800
1_862	Amtsgericht Kamen	3.026	213.000
1_98	Amtsgericht Lünen	4.983	287.900
1_103	Amtsgericht Unna	3.445	304.300
1_165	Landgericht Essen	19.781	1.728.600
1_480	Amtsgericht Bottrop	4.893	334.200
1_485	Amtsgericht Dorsten	2.675	239.700
1_166	Amtsgericht Essen	8.560	820.900
1_904	Amtsgericht Essen-Borbeck	3.815	310.600
1_167	Amtsgericht Essen-Steele	2.614	201.900
1_484	Amtsgericht Gelsenkirchen	6.602	550.400
1_481	Amtsgericht Gelsenkirchen-Buer	5.149	392.100
1_478	Amtsgericht Gladbeck	3.005	277.800
1_111	Amtsgericht Hattingen	2.434	162.100
1_958	Amtsgericht Marl	5.075	310.500
1_425	Landgericht Hagen	9.818	829.900
1_424	Amtsgericht Altena	1.969	222.600
1_423	Amtsgericht Hagen	7.121	673.800
1_422	Amtsgericht Iserlohn	6.349	386.300
1_419, 1_421	Amtsgericht Lüdenscheid	5.291	753.900
1_359	Amtsgericht Meinerzhagen	1.430	86.000
1_418	Amtsgericht Plettenberg	958	83.100
1_863	Amtsgericht Schwelm	3.421	223.100
1_864	Amtsgericht Schwerte	1.799	111.500
1_110	Amtsgericht Wetter	1.441	139.000
1_695	Landgericht Münster	12.864	1.056.500
1_959	Amtsgericht Ahaus	3.275	199.500
1_696	Amtsgericht Ahlen	3.437	231.500
1_676	Amtsgericht Beckum	2.976	367.100
1_960	Justizzentrum Bocholt	5.081	690.700
1_439	Amtsgericht Borken	2.272	180.000
1_443	Amtsgericht Coesfeld	4.490	242.100
1_961	Amtsgericht Dülmen	1.465	150.300
1_962	Amtsgericht Gronau	1.380	102.800
1_441	Amtsgericht Ibbenbüren	2.114	200.700
1_440	Amtsgericht Lüdinghausen	2.655	148.100
1_697	Amtsgericht Münster	10.522	730.400

Erläuterungen

Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
1_963	Amtsgericht Rheine	2.695	146.800
1_446	Amtsgericht Steinfurt	4.474	240.400
1_666	Amtsgericht Warendorf	2.852	120.000
1_886	Justizentrum Paderborn	10.149	1.021.100
1_543	Amtsgericht Brakel	2.234	117.500
1_531	Amtsgericht Delbrück	1.584	94.200
1_533	Amtsgericht Höxter	1.462	78.900
1_388	Amtsgericht Lippstadt	4.205	224.200
1_535	Amtsgericht Warburg	1.434	77.600
1_403, 1_413	Justizzentrum Siegen	12.640	1.191.300
1_416	Amtsgericht Bad Berleburg	2.077	111.300
1_430	Amtsgericht Lennestadt	1.770	315.800
1_414	Amtsgericht Olpe	3.693	234.300
Zusammen		445.697	39.517.600

Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
OLG-Bezirk Köln:			
398_1	Oberlandesgericht Köln	35.525	4.439.500
1_1075	Justizzentrum Aachen/Neubau	27.334	7.917.600
399_1	Landgericht Aachen/Altbau	15.494	1.581.600
1_815	Amtsgericht Düren	9.263	731.000
402_1	Amtsgericht Eschweiler	1.963	205.900
403_1	Amtsgericht Geilenkirchen	2.385	195.400
404_1	Amtsgericht Heinsberg	2.913	145.300
405_1	Amtsgericht Jülich	2.056	133.200
406_1	Amtsgericht Monschau	1.640	93.000
407_1	Amtsgericht Schleiden	2.580	117.500
1_834	Land- und Amtsgericht Bonn	23.809	6.691.100
413_1	Amtsgericht Euskirchen	7.745	692.300
414_1	Amtsgericht Königswinter	1.453	152.500
415_1	Amtsgericht Rheinbach	1.983	225.400
416_1	Amtsgericht Siegburg	12.105	675.800
1_1180	Amtsgericht Waldbröl	995	199.500
422_1	Landgericht Köln	50.619	7.252.700
422_2	Landgericht Köln	16.703	798.500
423_1	Amtsgericht Bergheim	5.833	365.200
424_2	Amtsgericht Bergisch-Gladbach	5.318	633.700
425_1	Amtsgericht Brühl	4.480	360.100
426_1	Amtsgericht Gummersbach	1.959	143.900
427_1	Amtsgericht Kerpen	4.572	268.900
429_1	Amtsgericht Leverkusen	5.532	382.600
431_1	Amtsgericht Wipperfürth	3.287	163.000
Zusammen		247.546	34.565.200

Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
GSa-Bezirk Düsseldorf			
1_1139	Staatsanwaltschaft Düsseldorf/Aktenlager	752	41.300
1_223	Staatsanwaltschaft Duisburg	5.948	536.000
1_200, 1_980	Staatsanwaltschaft Kleve	3.249	279.300
1_999	Staatsanwaltschaft Krefeld	4.019	368.000
1_1171	Staatsanwaltschaft Krefeld/Aktenlager	682	25.600
1_129	Staatsanwaltschaft Mönchengladbach	3.950	328.700
1_1051	Staatsanwaltschaft Wuppertal/Aktenlager	655	32.200
Zusammen		19.255	1.611.100

Erläuterungen

Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
GStA-Bezirk Hamm:			
1_026	Generalstaatsanwaltschaft Hamm	2.457	346.300
1_391, 1_392	Staatsanwaltschaft Arnsberg	2.773	191.300
1_883	Staatsanwaltschaft Detmold	3.298	208.600
1_376, 1_859	Staatsanwaltschaft Dortmund	9.093	780.800
1_1067	Staatsanwaltschaft Essen	9.694	1.787.200
1_389, 1_994	Staatsanwaltschaft Hagen	7.057	431.400
1_693	Staatsanwaltschaft Münster	8.157	672.200
Zusammen		42.529	4.417.800
Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
GStA-Bezirk Köln			
196 _ 2	Staatsanwaltschaft Bonn	6.129	712.700
197 _ 1	Staatsanwaltschaft Köln	14.086	1.462.600
Summe		20.215	2.175.300
Zusammen		20.215	2.175.300

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Funkt.- Kennziffer	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
			2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
519 03	051	Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen.	3 300 000	3 300 000	—	2 081
525 01	051	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten. 1. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Aus diesen Mitteln können auch Personal- (ohne Besoldungen und Vergütungen) und Sachausgaben geleistet werden.	3 400 000	3 400 000	—	2 102
525 02	051	Lehr- und Lernmittel.	58 400	58 400	—	44
526 01	051	Sachverständige.	180 000	180 000	—	215
526 02	051	Gerichts- und ähnliche Kosten.	260 000	260 000	—	501
527 01	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	900 000	900 000	—	801
527 02	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten.	250 000	250 000	—	280
532 10	051	Auslagen in Rechtsachen (einschl. Reisekosten) - ohne Auslagen in Insolvenzverfahren -. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 532 20, Titel 546 41 sowie mit den Ausgaben der Gruppe 532 der Kapitel 04 220, 04 230, 04 240 und 04 250.	400 125 000	402 900 000	-2 775 000	380 151
532 20	051	Auslagen in Insolvenzverfahren. 1. Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 532 10. 2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 546 41 sowie mit den Ausgaben der Gruppe 532 in den Kapiteln 04 220, 04 230, 04 240 und 04 250.	50 740 000	51 000 000	-260 000	45 699
536 00	051	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten.	5 000	5 000	—	—
539 00	051	Durchführung der Ferienpraxis und Rechtskundeunterricht an Schulen (einschl. Reisekosten). 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Musteraktenstücke können im Rahmen der Ferienpraxis unentgeltlich an Studenten abgegeben werden.	800 000	800 000	—	576
545 00	051	Kosten für die technische Sicherung von Wohnungen. . .	400 000	400 000	—	34
546 01	051	Vermischte Ausgaben.	100 000	100 000	—	58
546 02	051	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte. 1. Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden. 2. Aus den Mitteln können auch Schadenersatzansprüche Dritter gegen Kommunen und Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege übernommen werden, wenn sie durch Abwendung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen verursacht werden. 3. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 4. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 3 bei 04 010 546 02.	7 710 000	7 000 000	+710 000	6 380
546 03	051	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen.	165 000	165 000	—	99
546 40	051	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen.	660 000	1 060 000	-400 000	590

Erläuterungen

Zu Titel 532 10:

1. Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Zivilsachen - ohne Familiensachen - (Prozesskostenhilfe)	21 912 000 EUR
2. Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Familiensachen (Verfahrenskostenhilfe)	86 679 000 EUR
3. Aufwandsentschädigung und Vergütung an Verfahrensbeistände in Familiensachen.	13 227 000 EUR
4. Gebühren und Auslagen der in Straf- und Bußgeldsachen beigeordneten oder bestellten Rechtsanwälte.	57 260 000 EUR
5. Entschädigung für Zeugen.	13 324 000 EUR
6. Entschädigung für Sachverständige (ohne Gutachten in Betreuungssachen).	147 939 000 EUR
7. Sonstige Auslagen in Rechtssachen (einschl. Geldbelohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen, bei der Festnahme Beschuldigter und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener).	10 624 000 EUR
8. Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Beratungshilfeangelegenheiten.	18 869 000 EUR
9. Ausgaben für Gutachten in Betreuungssachen.	15 210 000 EUR
10. Vergütung für Dolmetscher und Übersetzer.	15 081 000 EUR
Zusammen.	400 125 000 EUR

Zu Titel 532 20:

1. Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Insolvenzsachen.	878 000 EUR
2. Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder.	38 761 000 EUR
3. Bei Gericht anfallende Bekanntmachungskosten in Insolvenzsachen.	53 000 EUR
4. Sachverständigenkosten in Insolvenzsachen.	11 046 000 EUR
5. Sonstige Auslagen in Insolvenzsachen.	2 000 EUR
Zusammen.	50 740 000 EUR

Zu Titel 539 00:

Aus diesem Titel können auch Ausgaben bestritten werden, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Aufsatzwettbewerben stehen. Die Zahl der Rechtskündearbeitsgemeinschaften liegt durchschnittlich bei ca. 900 bis 1000 Kursen pro Jahr.

Zu Titel 546 02:

Schadenersatzleistungen, Billigkeitsentschädigungen und Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen.

Die Billigkeitsentschädigungen umfassen auch

- a) die Haftpflichtschäden und die eigenen Körperschäden des Beschuldigten im Rahmen einer erzieherischen Maßnahme gem. § 10 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 und 7, § 45 Abs. 2 JGG,
- b) die Haftpflichtschäden des Beschuldigten im Rahmen einer von einem Richter gem. § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4, § 15 Abs. 1 Nr. 3 JGG angeordneten Erbringung einer Arbeitsleistung.

Ferner enthält der Titel die Mittel zur Gewährung von Entschädigungen für fehlerhafte Beschlagnahme gemäß § 18 Landespressegesetz NRW.

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
546 41 051	Entschädigungsleistungen nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Siehe Haushaltsvermerke bei den Titeln 532 10 und 532 20.	—	—	—	2
546 50 051	Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer.	232 900 000	221 720 000	+11 180 000	202 941
547 10 051	Ausgaben für die Langzeitarchivierung von Akten. Siehe Deckungsvermerk bei Kapitel 04 020 Titel 547 60.	—	—	—	—
547 11 051	Ausgaben für das Projekt "Einführung der IP-Telefonie". . Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben des Titels 547 11 in den Kapiteln 04 220, 04 230, 04 240, 04 250 und 04 410.	61 500	—	+61 500	—
547 20 051	Kosten der Überführung von Daten nach § 9 Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetz.	—	—	—	—
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)					
Siehe Deckungsvermerk bei Kapitel 04 020 Titel 631 00.					
632 10 059	Anteil des Landes an den Kosten der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen.	200 000	200 000	—	155
632 40 051	Anteil des Landes an den Kosten des europäischen Mahnverfahrens. 1. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Kapitel 04 020 Titelgruppe 60. 2. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	100 000	100 000	—	40
633 00 051	Kosten der Unterbringung nach der Strafprozessordnung und dem Jugendgerichtsgesetz.	11 900 000	11 420 000	+480 000	11 227
633 10 051	Kosten der nachsorgenden Betreuung entlassener Gefangener in forensischen Ambulanzen. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen zur Qualitätssicherung finanziert werden. Verpflichtungsermächtigung: 1 500 000 EUR.	936 000	936 000	—	70
684 10 051	Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit.	1 169 800	1 169 800	—	1 140
684 11 051	Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs. .	861 100	861 100	—	861
684 20 051	Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit. . .	400 000	400 000	—	200
684 30 051	Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern.	638 200	638 200	—	440
684 50 051	Zuwendungen an freie Träger zur Förderung der Täterarbeit.	349 600	349 600	—	342
684 51 051	Zuwendungen an Träger von Kindertageseinrichtungen für die Betreuung von Kindern von Justizbediensteten. . . Ausgaben dürfen bis zu 100.000 EUR der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 5 geleistet werden. Verpflichtungsermächtigung: 340 000 EUR.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titel 546 41:

Nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren wird ein Verfahrensbeteiligter, der infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens einen Nachteil erleidet, angemessen entschädigt. Diese Haushaltsstelle dient der getrennten kassenmäßigen Buchung von evtl. Entschädigungszahlungen. In welcher Höhe im Jahr 2014 voraussichtlich Entschädigungszahlungen kassenwirksam werden, kann nicht abgeschätzt werden. Es wird daher zunächst ein Strichansatz ausgebracht.

Zu Titel 546 50:

1. Pauschale Aufwandsentschädigung an ehrenamtliche Betreuer (§ 1835a BGB)	22 522 000 EUR
2. Aufwandsentschädigung nach § 1835 BGB.	428 000 EUR
3. Vergütung an Berufsbetreuer (§ 1836 BGB, § 4 VBVG).	192 903 000 EUR
4. Aufwandsentschädigung und Vergütung an Pfleger für das Verfahren in Unterbringungs- und Betreuungssachen (Verfahrenspfleger).	6 877 000 EUR
5. Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder und Pfleger im Minderjährigenbereich.	10 035 000 EUR
6. Gruppen-Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche rechtliche Betreuerinnen und Betreuer.	135 000 EUR
Zusammen.	232 900 000 EUR

Zu Titel 547 11:

Sächliche Verwaltungsausgaben im Rahmen der Einführung der IP-Telefonie (im Wesentlichen Ausgaben für Schulungen, Sachverständige und Dienstreisen)

Zu Titel 632 10:

Nach Teil I Ziffer 6 der Verwaltungsvereinbarung der Länder vom 6. November 1958 über die Errichtung einer zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen werden die Personal- und Sachausgaben der zentralen Stelle anteilig nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahlen auf die Länder umgelegt. Entsprechend dem Bedarf unter Berücksichtigung der Kostenvorausschätzung des Justizministeriums Baden-Württemberg.

Zu Titel 633 00:

Veranschlagt für einstweilige Unterbringungen nach § 81, § 126 a und § 453 c StPO sowie nach § 73 JGG in Einrichtungen der Landschaftsverbände, die gemäß § 30 Abs. 2 i.V.m. § 35 MRVG ein jährliches Budget für die von ihnen betriebenen Einrichtungen/Abteilungen erhalten, sowie in Einrichtungen außerhalb der Landschaftsverbände aufgrund einzelvertraglicher Regelungen durch den Maßregelvollzugsbeauftragten.

Zu Titel 684 10:

Dieser Titel enthält die Mittel für Zuschüsse an Beratungsstellen für Straffällige und deren Bezugspersonen (insbesondere Entlassenenhilfe und ergänzende Hilfen im Vollzug; Projektförderungen) sowie für Zuschüsse an Projekte zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit.

Zu Titel 684 11:

Bis einschließlich 2010 veranschlagt bei Kapitel 04 410 Titel 684 10.

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
685 10 051	Zuwendungen an den Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. in Bochum.	10 200	10 200	—	10
687 00 051	Anteil des Landes an den Kosten des Büros für Euregionale Zusammenarbeit in Maastricht.	55 000	55 000	—	—
Ausgaben für Investitionen					
<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Ausgaben bei den Titeln der Obergruppe 81 sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Siehe Deckungsvermerk (Haushaltsvermerk Nr. 4) zu den sächlichen Verwaltungsausgaben. 3. Die Ausgaben bei den Titeln der Obergruppe 81 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 5, mit Ausnahme der Titel 532 10, 532 20, 546 02, 546 40, 546 41 und 546 50, überschritten werden, wenn dort in entsprechender Höhe Mittel eingespart werden. 4. Mehrausgaben bei den Titeln der Obergruppe 81 dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen, mit Ausnahme der Gruppen 111 und 112, geleistet werden. 5. Der Erlös aus der Veräußerung von entbehrlichen, veralteten, unwirtschaftlichen oder dem heutigen Stand der Technik nicht mehr entsprechenden beweglichen Sachen fließt den Mitteln der jeweiligen Titel zu. 					
811 01 051	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen.	877 700	98 400	+779 300	186
812 10 051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 812 60. Verpflichtungsermächtigung: 3 800 000 EUR.	2 713 600	2 481 400	+232 200	2 404
812 20 051	Beschaffung von Fernmeldeanlagen. Die Ausgaben sowie die Verpflichtungsermächtigung sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und den Verpflichtungsermächtigungen bei Titel 812 20 in den Kapiteln 04 220, 04 230, 04 240, 04 250 und 04 410. Verpflichtungsermächtigung: 1 695 000 EUR.	1 705 000	1 514 100	+190 900	438

Erläuterungen

Zu Titel 685 10:

Mit dem Zuschuss soll zur Deckung der Kosten der Fortbildungslehrgänge des Schiedsamtseminars des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. in Bochum beigetragen werden (Projektförderung).

Zu Titel 811 01:

Erwerb von Fahrzeugen, und zwar

1. PKW der Stufe I (§ 4 Abs. 2 Nr. 1 KfzR)	143 000 EUR
2. PKW der Stufe II (§ 4 Abs. 2 Nr. 2 KfzR)	171 600 EUR
3. PKW der Stufe III (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 KfzR)	39 800 EUR
4. PKW der Stufe IV (§ 4 Abs. 2 Nr. 4 KfzR)	190 500 EUR
5. PKW der Stufe V (§ 4 Abs. 2 Nr. 5 KfzR)	85 000 EUR
6. PKW der Stufe VI (§ 4 Abs. 3 Nr. 1, 2 KfzR)	— EUR
7. Kleintraktoren, Transporter, sonstige Fahrzeuge	154 000 EUR
8. Sonstiges	93 800 EUR
Zusammen	877 700 EUR

Zu Titel 812 10:

1. Erstausrüstung von neuen Dienst- und Funktionsräumen	528 000 EUR
2. Beschaffung von Papier- und Aktenvernichtungsanlagen	169 000 EUR
3. Beschaffung von Maschinen, Geräten und Ausstattungsgegenständen für die Mikroverfilmung von Akten	— EUR
4. Beschaffung von technischen Geräten für Maßnahmen der Sicherheit und Ordnung	952 200 EUR
5. Beschaffung von sonstigen Maschinen und Geräten	290 000 EUR
6. Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Einrichtungsgegenständen für Dienst- und Funktionsräume	774 400 EUR
7. Ersatzbeschaffung von Sicht- und Sonnenschutzvorhängen	— EUR
8. Ersatzbeschaffung von Beleuchtungskörpern	— EUR
9. Sonstiges	— EUR
Zusammen	2 713 600 EUR

Zu Titel 812 20:

Beschaffung von Anlagen und Geräten der IP-Telefonie, u.a. Beschaffung von Servern, Telefonendgeräten, Netzwerkkomponenten, Software

Hardware: 1.473.000 EUR

Software: 232.000 EUR

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	mehr (+) weniger (-) 2014 EUR	IST 2012 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

Titelgruppen

Titelgruppe 60

Ambulanter Sozialer Dienst der Justiz

- Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 sind gegenseitig deckungsfähig.
- Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 dürfen bis zur Höhe von 10 v.H. der veranschlagten Ausgaben der Obergruppe 81 überschritten werden, wenn dort in entsprechender Höhe Mittel eingespart werden.
- Die Ausgaben der Obergruppe 81 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 5 überschritten werden, wenn dort in entsprechender Höhe Mittel eingespart werden.
- Der Erlös aus der Veräußerung von entbehrlichen, veralteten, unwirtschaftlichen oder dem heutigen Stand der Technik nicht mehr entsprechenden beweglichen Sachen fließt den Mitteln der jeweiligen Titel zu.
- Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 sind übertragbar.
- Minderausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 5 dürfen für Mehrausgaben bei Kapitel 04 020 Titel 525 30 und 525 40 verwendet werden.
- Die Ausgaben des Titels 453 60 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.

422 60	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten.	28 555 100	27 606 800	+948 300	26 509
--------	-----	--	------------	------------	----------	--------

Planstellen

2014	2013	
41	41	Bes.Gr. A 13 Sozialoberamtsrat/Sozialoberamtsrätin
113	113	Bes.Gr. A 12 Sozialamtsrat/Sozialamtsrätin
217	217	Bes.Gr. A 11 Sozialamtman/Sozialamtfrau
225	225	Bes.Gr. A 10 Sozialoberinspektor/Sozialoberinspektorin
123	123	Bes.Gr. A 9 Sozialinspektor/Sozialinspektorin

719

719

Planstellen

—

davon
Dienstwohnungsinhaber

Gliederung nach Laufbahngruppen

—

Höherer Dienst

719

719

Gehobener Dienst

—

Mittlerer Dienst

—

Einfacher Dienst

Altersteilzeitstellen (ATZ)

2014	2013	
—	1	Bes.Gr. A 12 Sozialamtsrat/Sozialamtsrätin
—	—	Bes.Gr. A 11 Sozialamtman/Sozialamtfrau
—	1	ATZ - Stellen

Erläuterungen

Zu Titel 422 60:

1. Dienstbezüge.	26 745 300 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen.	1 809 800 EUR
3. Lehrzulagen (Aufwandsentschädigung).	— EUR
4. Hausdienstvergütungen.	— EUR
5. Vergütungen für nebenamtlichen Unterricht.	— EUR
Zusammen.	<u>28 555 100 EUR</u>

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+)	IST
Titel		2014	2013	weniger (-)	2012
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	2014 EUR	TEUR

Leerstellen

2014	2013	
23	23	Bes.Gr. A 10 Sozialoberinspektor/Sozialoberinspektorin
26	26	Bes.Gr. A 9 Sozialinspektor/Sozialinspektorin
49	49	Leerstellen

Erläuterungen

Leerstellen

	beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach §§ 66,71 LBG § 6a LRiG	beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach § 70 LBG § 6b LRiG	Erziehungs- urlaub/ Elternzeit	Schuldienst, Entwick- lungshilfe, Forschung	Bund, supranatio- nale Orga- nisationen	sonstige Leerstel- len	Erläuterungen	2014	2013
Planmäßige Beamtinnen und Beamte									
A 11	–	–	–	–	–	–		–	–
A 10	8	1	14	–	–	–		23	23
A 9 g.D.	6	–	20	–	–	–		26	26
Zusammen	14	1	34	–	–	–		49	49

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
427 60 051	Entgelte für Aushilfen.	24 100	24 100	—	435
428 60 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	9 437 800	8 951 400	+486 400	9 774
453 60 051	Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung.	200	200	—	1
511 60 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO) .	830 000	830 000	—	557
514 60 051	Haltung von Dienstfahrzeugen. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	50 000	50 000	—	30

Erläuterungen

Zu Titel 427 60:

Für die Beschäftigung von Aushilfs- und Vertretungskräften im Rahmen eines auf längstens 12 Monate befristeten oder weniger als die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit abgeschlossenen Arbeits- oder Dienstvertrages.

Zu Titel 428 60:

1. Gesamtbezüge.	8 568 600 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen.	869 200 EUR
Zusammen.	9 437 800 EUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2014	Stellensoll 2013	mehr (+) / weniger (-)
Gehobener Dienst	7	7	-
Mittlerer Dienst	157	157	-
Einfacher Dienst	1	1	-
Gesamt	165	165	-

Erläuterungen:

In der Laufbahngruppe vergleichbar dem einfachen Dienst ist 1 (1) Stelle kw - Org.Unters.Reinigungsdienst

Altersteilzeitstellen (ATZ) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2014	Stellensoll 2013	mehr (+) / weniger (-)
Mittlerer Dienst	1	1	-
Gesamt	1	1	-

Leerstellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	aus familiären Gründen entsprechend §§ 66,71 LBG	Beurlaubungen			Erläuterungen	2014	2013
		aus arbeits- marktpol. Gründen entspr. § 70 LBG	wegen Erziehungs- urlaub/ Elternzeit	aus sonstigen Gründen			
Mittlerer Dienst	2	-	-	-		2	2
Zusammen	2	-	-	-		2	2

Zu Titel 453 60:

1 Trennungsschädigung.	200 EUR
2 Umzugskostenvergütung.	— EUR
Zusammen.	200 EUR

Zu Titel 511 60:

1. Geschäftsbedarf.	130 000 EUR
2. Bücher und Zeitschriften.	23 000 EUR
3. Kommunikation.	500 000 EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	170 000 EUR
5. Sonstiges.	7 000 EUR
Zusammen.	830 000 EUR

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
517 60 051	Bewirtschaftung der Diensträume. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	760 000	760 000	—	723
518 60 051	Mieten für die Diensträume des ambulanten Sozialen Dienstes. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 518 01 und 518 04 überschritten werden.	3 569 400	3 625 600	-56 200	3 412
519 60 051	Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemie- teten Grundstücken, Gebäuden und Räumen.	180 000	180 000	—	77

Erläuterungen

Zu Titel 517 60:

1. Bewirtschaftungskosten bei Fremdanmietungen, soweit nicht Gruppe 518.	353 500 EUR
2. Bewirtschaftungskosten für BLB-Anmietungen.	397 800 EUR
3. Bewirtschaftungskosten an Sonstige.	8 700 EUR
Zusammen.	760 000 EUR

Zu Titel 518 60:

1. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume - soweit nicht an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW	2 670 200 EUR
2. Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	899 200 EUR
Zusammen.	3 569 400 EUR

Veranschlagt sind:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Bezeichnung und Lage	Haupt- und Nebenfläche (qm)	Jahresmiete 2014 (EUR)	
OLG - Bezirk Düsseldorf			
19 Anmietungen sowie Garagen und Einstellplätze	5.292	547.000	
Summe	5.292	547.000	
OLG - Bezirk Hamm			
Ambulanter Sozialer Dienst Dortmund	978	130.000	
44 weitere Anmietungen sowie Garagen und Einstellplätze	10.303	1.178.600	
Summe	11.281	1.308.600	
OLG - Bezirk Köln			
Ambulanter Sozialer Dienst Aachen	1.002	180.000	
Ambulanter Sozialer Dienst Köln	1.765	219.000	
11 weitere Anmietungen sowie Garagen und Einstellplätze	2.758	415.600	
Summe	5.525	814.600	
Zusammen	22.098	2.670.200	
Mietvertrags-Nr.:	Nutzende Dienststelle	Mietfläche	Jahresmiete
OLG-Bezirk Düsseldorf			
1_740	Ambulanter Sozialer Dienst Düsseldorf	1.043	196.000
1_1149	Ambulanter Sozialer Dienst Mönchengladbach	873	72.900
1_1050	Ambulanter Sozialer Dienst Wuppertal	663	72.900
Summe		2.579	341.800
OLG-Bezirk Hamm			
1_696	Ambulanter Sozialer Dienst Ahlen	407	27.400
1_1015	Ambulanter Sozialer Dienst Arnsberg	535	32.300
1_827	Ambulanter Sozialer Dienst Bielefeld	791	101.900
1_1018	Ambulanter Sozialer Dienst Bochum	864	124.700
1_527	Ambulanter Sozialer Dienst Detmold	763	76.400
1_1014	Ambulanter Sozialer Dienst Herne-Wanne	473	42.700
1_558	Ambulanter Sozialer Dienst Minden	784	68.700
	4 weitere Liegenschaften	1.068	60.900
Summe		5.685	535.000
OLG-Bezirk Köln			
1_1083	Ambulanter Sozialer Dienst Bergheim	267	22.400
Summe		267	22.400
Zusammen		8.531	899.200

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2014 EUR	2013 EUR	2014 EUR	2012 TEUR
525 60 051	Aus- und Fortbildung der Bediensteten.	105 000	105 000	—	65
527 60 051	Bewegungsgeld und Reisekostenvergütungen für Dienst- reisen.	600 000	600 000	—	444
546 60 051	Vermischte Ausgaben. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).	42 100	49 600	-7 500	48
632 60 051	Anteil des Landes an der gemeinsamen Elektronischen Überwachungsstelle der Länder. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapi- tel 04 020 Titel 632 60.	270 000	200 000	+70 000	241
681 60 051	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	10 000	10 000	—	—
812 60 051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Erwerb von Fernmeldeanlagen. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 812 10 über- schritten werden.	171 400	148 000	+23 400	95
Summe Titelgruppe 60.		44 605 100	43 140 700	+1 464 400	42 412
Gesamtausgaben Kapitel 04 210.		2 030 332 400	1 980 398 900	+49 933 500	1 914 253
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 210.		8 335 000	3 064 000	+5 271 000	

Erläuterungen

Zu Titel 525 60:

1. Kosten der Ausbildung.	35 000 EUR
2. Kosten der Praxisberatung (Supervision).	70 000 EUR
Zusammen.	105 000 EUR

Zu Titel 546 60:

1. Gruppenmäßige Betreuung von Probanden unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht.	— EUR
2. Leasingraten bei Kfz-Leasing.	8 100 EUR
3. Sonstige vermischte Ausgaben.	34 000 EUR
Zusammen.	42 100 EUR

Zu Titel 632 60:

Zur Durchführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung auf der Grundlage des § 68 b Abs. 1 Satz 1 Nummer 12 StGB wurde in Hessen eine länderübergreifende Überwachungsstelle eingerichtet, die eingehende Systemmeldungen entgegennimmt und im Hinblick auf notwendige Maßnahmen der Führungsaufsicht oder der Gefahrenabwehr bewertet. Bei dieser Haushaltsstelle ist der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Kosten dieser Überwachungsstelle veranschlagt.

Siehe auch Veranschlagung der Ausgaben für den Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den Kosten der Bereitstellung und des Betriebs eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung bei Kapitel 04 020 Titel 632 60.

Zu Titel 812 60:

1. Erstausrüstung von Dienst- und Funktionsräumen.	— EUR
2. Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Maschinen und Geräten.	13 000 EUR
3. Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Einrichtungsgegenständen für Dienst- und Funktionsräume.	37 000 EUR
4. Erwerb von Fernmeldeanlagen.	121 400 EUR
Zusammen.	171 400 EUR